

ILLNAU-EFFRETIKON: STADTRAT ZUM FREISETZUNGSVERSUCH MIT GEN-WEIZEN IN ESCHIKON-LINDAU

Nachbarstadt hält sich heraus



Bild: Andreas Wolfensberger

Christoff Sauter von der ETH Zürich inmitten der acht Quadratmeter, wo der Gen-Weizen-Versuch stattfinden soll.

In die Debatte um den Eschiker Freisetzungsversuch mit Gen-Weizen will sich Illnau-Effretikon nicht einschalten.

von PATRICK KÜHNIS

In einer Interpellation hatte der Gemeinderat Konrad Ohoven (fdp) angefragt, «Ob der Illnau-Effretiker Stadtrat bereit ist, sich im Namen unserer Bevölkerung gegen den geplanten Eschiker Freilandversuch der ETH Zürich mit gentechnisch veränderten Weizen auszusprechen und an geeigneter Stelle zu intervenieren». (Der «Landbote» berichtete da-

rüber.) Zugleich hatte die Exekutive aufgefordert, sich beim Gemeinderat Lindau und beim Buwal genau über das Experiment zu informieren. Begründet wurde der Vorstoss vor allem aus der Besorgnis heraus, «dass ein solcher Versuch trotz geplanter Sicherheitsvorkehrungen letztlich nie ganz risikolos» sei.

«Nicht zuständig»

Obwohl sie «grosses Verständnis für die Besorgnis des Interpellanten» habe und «auch den sich skeptisch zeigenden Teil der Bevölkerung gut verstehen» könne, erteilt die Exekutive jedoch Ohovens Begehren eine Abfuhr: Denn vor der Einflussnahme hat sie die Zu-

ständigkeit zu prüfen, und diese Zuständigkeit sei im vorliegenden Fall nicht gegeben: «Formell kann daher der Stadtrat als politische Behörde weder an geeigneter Stelle intervenieren noch sich offiziell im Namen der Bevölkerung für oder gegen das Experiment aussprechen.» Immerhin hat sich der Stadtrat, wie im Vorstoss gefordert, sowohl bei der Gemeindevverwaltung Lindau wie auch beim zuständigen Buwal kundig gemacht. Er ist hernach der Meinung, dass «die Gentechnologie sowie die Abschätzung der aus Freilandexperimenten entstehenden Risiken ausserordentlich komplex sind. In der Stadtverwaltung fehlen sowohl die nötigen Unterlagen als

auch die Fachkompetenz, ein derart kompliziertes Experiment umfassend und ehrlich beurteilen zu können.» Richtigerweise sei deshalb die Entscheidungskompetenz rund um den Versuch den Fachleuten von Bund und Kanton übertragen worden.

«Fraglicher Nutzen»

Grundsätzlich ist der Stadtrat der Meinung, wissenschaftliche Forschung und die Entwicklung neuer Technologien sollten nicht unnötig behindert werden. «Allerdings ist aus heutiger Sicht fraglich, ob der aus der Entwicklung von transgenen Pflanzen resultierende Nutzen die Risiken rechtfertigt.»

500 Jugendliche nach Hause geschickt

Der Glattfelder Jugendverein «G-Projects» sucht seit Jahren Räumlichkeiten für seine gross angelegten Partys. Die letzte vom Samstagabend im «Löwen» ist von der Polizei in den frühen Morgenstunden vorzeitig abgebrochen worden. Nachbarn hatten wegen Nachtruhestörung reklamiert.

von KONI ULRICH

500 Jugendliche aus der ganzen Region sind erwartet worden und auch gekommen. Im oberen Stock des Restaurants «Löwen», wo früher die Gemeinde ihre Versammlungen abhielt und vom späteren Geranten eine grossräumige Disco eingerichtet wurde, vergnügen sie sich bis in die frühen Morgenstunden. Der DJ spielt Musik aus den letzten vier Jahrzehnten, eben Partymusik. Das Fest müsste eigentlich bis vier Uhr dauern, so ist es auf den Flyern vermerkt.

Gegen ein Uhr taucht aber eine zivile Patrouille der Kantonspolizei auf und

für eine Verlängerung über zwei Uhr hinaus. Die Party muss bis halb drei vollständig geräumt sein.

Nächtliche Telefonanrufe

Morgens um zwei Uhr mit dem Handy aus dem tiefsten Schlaf geholt zu werden, ist wohl nicht gerade der Wunsch jedes Gemeinderats, und dies erst noch an einem Wochenende. Wenn aber der eigene Sohn unter den Partygängen ist, liegt der Fall vielleicht schon etwas anders. «Ich konnte natürlich nicht ohne Rücksprache mit meinen Kollegen handeln», erklärt Otto Hollenstein, Vertreter des Glattfelder Gemeinderats in der Jugendkommission, seine Absage an den Hilferuf. Ihn wundert es, warum die Verantwortlichen nicht rechtzeitig mit der Gemeinde den Kontakt gesucht haben. Er habe vor der Veranstaltung verschiedene Male Vorstandsmitglieder ange-troffen und nie einen konkreten Antrag erhalten. «Wer zu viel pokert, den erwischt's mal.»

Weitere Versuche des Vereins-

vorstands, gegen zwei Uhr in der Frühe das Schlimmste abzuwenden, bleiben ohne Erfolg. Der Saal muss geräumt werden, die Gäste sind nicht eben begeistert und das Trago des noch immer

Andreas Pfeifer, Präsident des Vereins, ist verärgert: «Wir hatten die mündliche Zusage von der Angestellten auf der Gemeinde, die das Gesuch an die Polizeivorsteherin weiterleiten sollte. Dann staunten wir nicht schlecht, als wir am Freitag das Papier entgegennahmen: Die Bewilligung galt nur bis zwei Uhr.»

In der Kernzone

Die zuständige Gemeinderätin und Polizeivorsteherin Ruth Schlegel weiss am Montagvormittag noch nichts von der Schliessungsaktion und bedauert zunächst, dass es soweit kommen musste. Sie sieht den Fehler aber eindeutig darin, dass sich die Veranstalter zu spät um die Bewilligung für die Freinacht kümmerten. Sie hätten deswegen auch noch gar nie mit ihr gesprochen. Freinächte seien in der Kernzone ohnehin sehr selten, eine Ausnahme seien aber jene Nächte, die laut Polizeivordnung als Freinächte gelten und daher keine Bewilligung bräuchten. Zum Beispiel die Fasnacht und die Chiltli.

Wenn es sich somit beim Problem mit der Verlängerung eher um eine Frage der Verständigung zwischen jungen Leuten und Amtsstellen handelt, so ist die

lichkeit bei «G-Projects»: «Wir haben alle Nachbarn schriftlich auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht und ihnen einen Gratisesintritt beigelegt. Eine Teilnahme hat unsere Gesprächsbereitschaft unternauert. Wir bekamen lauter positive Reaktionen.» Er kann nicht verstehen, dass Nachbarn trotz allem die Polizei avisierten.

Ein karitativer Franken

«G-Projects» verlangten für den Eintritt von den rund 500 Gästen sieben Franken, wovon je ein Franken an die Stiftung «Pigna» für Behinderte in Kloten geht. Rund 30 Helfer sind im Ganzen an der Arbeit, wenn eine solche Megaparty steigt. Seit 1998 gibt es den Verein, der es sich zum Ziel setzt, «Jugendkultur zu fördern» in einer Dorfgemeinschaft, wo eben, gemäss ihren eigenen Aussagen, «für die Jungen zu wenig läuft». Nach eher provokativen Auftritten im Internet und im lokalen Gemeindechat haben sich die Vorstandsmitglieder etwas gemässigt und bitten heute in ihrer Website die Leser erst mal um Vergebung. Seit Jahren sind sie auf der Suche nach einer geeigneten Lokalität. Dabei ist es gar nicht so, dass sich die Gemein-

de um das Problem freut. In Wirklich-

Denkpause bei Flughafenpolitik

Nachdem die Eckwerte des künftigen Staatsvertrages mit Deutschland bekannt sind, hat sich der Stadtrat Bülach an seiner letzten Sitzung mit der Flughafenpolitik auseinandergesetzt. Er hält fest, dass mit einer Platonierung der Anzahl Abflüge über Süddeutschland mit Landeanflügen aus Süden zu rechnen ist. Dies bedeutet, dass zwangsläufig Starts nach Norden und damit eine Zunahme des Fluglärms für Bülach die Folge wären. Generell wird ein «Luftlärmmittelkampf» zwischen den Regionen des Kantons Zürich und den Nachbarkantonen erwartet.

«Thema jetzt erörtern»

Zieht man in Betracht, dass der Flughafen Zürich von 420 000 angestrebten Starts und Landungen (heute rund 310 000) spricht und davon nur 100 000 Anflüge von Deutschland her möglich sind, verbleiben 320 000 Bewegungen für die Schweiz. Besonders betroffen wäre die Region Zürich und insbesondere die Gemeinden rund um den Flughafen. Eine solche Vorstellung ist für den Bülacher Stadtrat, bei aller Wirtschaftsfreundlichkeit, völlig undenkbar. Er verlangt deshalb eine Denkpause, die dazu genutzt werden soll, um sich mit den zentralen Fragen (unter anderem grundsätzliche Ausrichtung des Flughafens, Verteilung des Fluglärms) auseinanderzusetzen. Der Stadtrat Bülach will, dass die Themen jetzt und nicht erst bei Erreichung der 420 000 Bewegungen pro Jahr (respektive 2400 Tonnen Stickoxydausstoss) mit allen Beteiligten (Volkswirtschaftsdirektion, Flughafen, Schutzverbund, IG Nord und so weiter) erörtert werden und gemeinsam eine politisch mehrheitstfähige Lösung erarbeitet wird. (7b)

HEUTE

BEZIRK BÜLACH

ERSTMALS in diesem Jahr öffnet die Haumüli in Embrach für Interessierte die Türen. Im Zentrum des Interesses standen Technik und Amphibien. / 26

BEZIRK PÄFFIKON

FÜR DAS Überleben der letzten Augenarztpraxis in Illnau-Effretikon setzt sich auch der Stadtrat ein – allerdings nicht mit allen Mitteln. / 26

WINTERTHUR-LAND

DIE BEVÖLKERUNG Brittens wird alle vier Jahre vom Gemeinderat zum Grenzgang eingeladen. Am vergangenen Samstag war es wieder so weit. / 27

BEZIRK ANDELFINGEN

IN BUCH AM IRCHEL wird die gegenwärtige Verweserin Dorette Aberhalden als neue Pfarrerin der reformierten Kirchgemeinde vorgeschlagen. / 29

ZÜRICH

EUROGATE wird endgültig nicht